



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)

Stand vom 28.02.2025 10:48:01 bis 28.03.2025 10:36:50

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001928
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	28.02.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	20.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Askanischer Platz 1 10963 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4930269310 E-Mail-Adressen: info@vdek.com Webseiten: http://www.vdek.com</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

900.001 bis 910.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

6,56

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Ulrike Elsner**

Funktion: Vorstandsvorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (14):**1. Antje Kapinsky****2. Boris von Maydell****3. Oliver Blatt****4. Stefan Wöhrmann****5. Dr. Ines Koller****6. Dr. Björn Diering****7. Elisabeth Bertram****8. Jan Hortig**

Tätigkeit bis 06/21:

Referent

für eine Fraktion/eine Gruppe im Deutschen Bundestag

9. Babette Müller**10. Björn-Ingemar Janssen****11. Uwe Klemens****12. Malte Behmer****13. Claudia Erfurth****14. Ulrike Elsner****Gesamtzahl der Mitglieder:**

6 Mitglieder am 19.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):**1. Bundesverband Managed Care e.V.****2. Deutsche Gesellschaft für Kassenarztrecht e.V.****3. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG)****4. Gesellschaft für sozialen Fortschritt e.V.****5. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V.****6. Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V.****7. Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen e.V.****8. Deutsche Rheuma-Liga Bundesverband e.V.**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) mit Sitz in Berlin ist Interessenvertretung und Dienstleister aller Ersatzkassen. Er vertritt auf Bundes- und Landesebene die Interessen seiner Mitgliedskassen.

Dabei setzt sich der vdek für den Erhalt und die Weiterentwicklung eines solidarischen Kranken- und Pflegeversicherungssystems ein. Oberstes Ziel ist es, den Versicherten auch zukünftig eine umfassende und hochwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, ohne den Einzelnen finanziell zu überfordern. Dabei geht es vorrangig um Fragen der Finanzierung des solidarischen Krankenversicherungssystems, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für die Versicherten, die Steigerung von Effizienz im Gesundheitswesen durch Digitalisierung sowie die Reduzierung von Bürokratie im Gesundheitswesen.

Im Rahmen seiner Interessenvertretung formuliert der vdek seine gesundheits- und versorgungspolitischen Vorstellungen in Positionspapieren, erarbeitet und übermittelt Stellungnahmen zu konkreten Regelungsvorhaben und führt Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, um Veränderungsbedarfe in einer Vielzahl gesundheits- und versorgungspolitischer Themenfelder zu erläutern. Darauf hinaus bietet der vdek mit seinen gesundheitspolitischen Veranstaltungen Dialogplattformen zu versorgungspolitisch relevanten Zukunftsfragen an, zu denen auch Regierungsmitglieder, Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (19)

1. Medizinforschungsgesetz

Beschreibung:

Ziel ist die Verhinderung der Einführung der Möglichkeit zur Vereinbarung vertraulicher Erstattungsbeträge gemäß § 130b SGB V für patentgeschützte Arzneimittel zwischen pharmazeutischen Herstellern und dem GKV-Spitzenverband, um dadurch drohende finanzielle Belastungen der gesetzlich Krankenversicherten zu vermeiden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11561 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AMG 1976 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406190100 (PDF - 5 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 28.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG)**Beschreibung:**

Die Entbudgetierung der hausärztlichen Versorgung wird abgelehnt, da diese keinen Mehrwert für die Versorgung der Versicherten bringen wird. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit im System der gesetzlichen Krankenversicherung sollte weiterhin durch Wirtschaftlichkeits- und Abrechnungsprüfungen in der hausärztlichen Versorgung garantiert werden, die Mindestbagatellgrenze wird daher ebenfalls abgelehnt. Begrüßt werden die Chronikerpauschale sowie die jährliche Versorgungspauschale, die jedoch kostenneutral umgesetzt werden sollte. Angeregt wird eine bessere Vernetzung zwischen den Versorgungsformen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11853 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

3. Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz (GDAG)**Beschreibung:**

Der vdek unterstützt die Bemühungen, die ein Funktionieren der Digitalstruktur im Gesundheitswesen sicherstellen. Kritisch betrachtet wird jedoch, dass die Digitalagentur bestimmte Aufgaben übernehmen soll, insbesondere die Entwicklung und das Betreiben von digitalen, versichertennahen Anwendungen. Diese Aufgaben sollten weiterhin bei der gesetzlichen Krankenversicherung und bei deren beauftragten Dienstleistern im Wettbewerb verbleiben. Der vdek fordert mehr direkte Beteiligung an allen wichtigen Entscheidungen, die unmittelbar zentrale Digitalisierungsprozesse der Krankenkassen betreffen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 377/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190109 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KVVG)

Beschreibung:

Die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft unter Bezug auf den Bedarf und die Versorgungsschwere sowie die Ziele zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Krankenhausversorgung und zur Reduzierung von Anreizen zur Mengenausweitung im stationären Sektor werden unterstützt. Die geplante Finanzierung der Krankenhausstrukturreform über einen hälftig aus GKV-Mitteln finanzierten Transformationsfonds, eine Umverteilung von Beitragsmitteln zur Finanzierung von Tarifsteigerungen im stationären Sektor sowie die Abkehr der Einzelfallprüfungen im Rahmen der Krankenhausrechnungsprüfung werden abgelehnt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KVVG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KHEntgG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]

5. Notfallgesetz (NotfallG)

Beschreibung:

Die Reform der Notfallversorgung und die damit einhergehende bessere Steuerung von Notfall-Patient:innen in die geeignete Versorgungsform werden begrüßt. Kritisiert werden hohe Mehrkosten für die GKV sowie, dass die Reform des Rettungsdienstes nicht im Rahmen der Notfallreform behandelt wird.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 379/24 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 5](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [[alle RV hierzu](#)]

6. Apothekenreform

Beschreibung:

Die Stärkung von Versorgungsstrukturen in ländlichen Gebieten ist wichtig. Die vorgesehenen Maßnahmen sind ein erster Ansatz, reichen aber nicht aus. Begrüßt wird, dass die Vergütungsveränderungen als Umverteilung ausgestaltet werden und nicht zulasten der Beitragszahlenden gehen sollen. Um das Versorgungsziel zu erreichen und Erlösanteile von Apotheken in Gebieten mit dichter Apothekenausstattung in weniger attraktive Standorte zu verlagern, ist eine bloße Gewichtungsverschiebung von prozentualen Vergütungsanteilen zu fixen Vergütungen jedoch nicht ausreichend. Deshalb sollte die Vergütungsreform noch stärker zugunsten versorgungsnotwendiger Apotheken mit geringen Packungszahlen weiterentwickelt werden und Vergütungsanteile nach Abgabebazahlen gestaffelt werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes für eine Apothekenhonorar- und Apothekenstrukturreform (ApoRG)

Datum des Referentenentwurfs: 14.06.2024

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium für Gesundheit \(BMG\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[ApoG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [SGB 5](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BApO](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AAppO](#) [[alle RV hierzu](#)]; [ApoBetrO 1987](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AMG 1976](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AMPreisV](#) [[alle RV hierzu](#)]; [IfSG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [[alle RV hierzu](#)]; Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]

7. Wirksame Public Health-Strukturen in Deutschland aufbauen

Beschreibung:

Ziel ist der Aufbau effizienter und effektiver Public Health-Strukturen in Deutschland, indem eine politikfeldübergreifende Zusammenarbeit unter dem Health in all Policies-Ansatz als Zielbild verankert und das BIPAM als zentrale Kooperations- und Vernetzungsplattform zwischen Bund, Ländern und Kommunen etabliert wird, die aus Steuermitteln finanziert wird.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12790 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190111 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. Abbau von Bürokratie im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Der vdek hat Vorschläge erarbeitet, mit denen Verwaltungs- und Bürokratieaufwände im Gesundheitswesen abgebaut werden könnten.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190124 (PDF - 27 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 21.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Freiwillige Versicherung in der GKV nach § 9 SGB V gesetzgeberisch einschränken

Beschreibung:

Gesetzgeberisch soll die Rückkehr von privat Krankenversicherten in die gesetzliche Krankenversicherung verhindert werden, wenn diese sich durch eine Scheinselbstständigkeit im Ausland unter Zuzug von § 9 SGB V freiwillig in der GKV versichern lassen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190112 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. Missbräuchliche Nutzung der Flexirenten-Regelung verhindern

Beschreibung:

Ziel ist die Anpassung gesetzlicher Regelungen zur Vermeidung einer missbräuchlichen Nutzung der Flexirenten-Regelung zulasten der GKV-Beitragszahler:innen im Bereich Krankengeld.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190114 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

11. Einführung eines digitalen Antrags- und Gutachterverfahrens in der Psychotherapie

Beschreibung:

Ziel ist die Einführung eines elektronischen Antrags- und Gutachterverfahrens in der Psychotherapie für Patient:innen und Therapeut:innen zur Schaffung eines sicheren, schnelleren und weniger bürokratischen Behandlungsrahmens. Weiterhin sollen Plausibilitätsprüfungen durch die Praxissoftware durchgeführt werden, um fehlerhafte oder unleserliche Anträge zu reduzieren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2406190115 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

12. Förderung der Systemischen Therapie

Beschreibung:

Ziel ist die gesetzgeberische Förderung der Systemischen Therapie als neue Therapieform in der ambulanten Psychotherapie.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2406190116 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

13. Gesundes-Herz-Gesetz (GHG)

Beschreibung:

Beibehaltung der Regelungen zum Angebot von Präventionsmaßnahmen durch die Kassen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 428/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Herzgesundheit (Gesundes-Herz-Gesetz - GHG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [SG2406190149](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2409270022](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. [SG2409270024](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2412130004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. Pflegekompetenzgesetz

Beschreibung:

Ziel ist es darauf hinzuwirken, dass die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Flexibilisierung von bestimmten Pflegeleistungen auch tatsächlich zu einer Verbesserung für die pflegebedürftigen Menschen führt. Angesichts der derzeit hohen Umsetzungsherausforderungen und aufwändiger Vertragsregularien werden diese Regelungen weder den Anforderungen der Pflegebedürftigen noch denen der Kranken- und Pflegekassen gerecht.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14988 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz (Pflegekompetenzgesetz - PKG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

15. Pflegeassistenzeinführungsgesetz

Beschreibung:

Die vom Gesetzgeber angestrebte Verschiebung der Kosten für die Pflegeassistenzausbildung auf die Beitragszahlenden der Kranken- und Pflegeversicherung wird abgelehnt. Der vdek setzt sich für mehr Transparenz hinsichtlich der Verwendung der Ausgaben des Landesausbildungsfonds für die Kranken- und Pflegekassen sowie die Vergabe der lebenslangen Beschäftigtennummer mit der Berufserlaubnis ein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 427/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistenzausbildung (Pflegefachassistenzeinführungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

16. Ausnahme von Zulassungsbeschränkungen in gesperrten Bereichen der Bedarfsplanung**Beschreibung:**

Streichung der Regelung des § 103 Absatz 2 Satz 4 SGB V zugunsten einer funktionierenden und einheitlichen Bedarfsplanung.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409270044](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

17. Gesetzliche Verfestigung der Online-Wahl bei den Sozialwahlen**Beschreibung:**

Ziel ist die schnelle Umsetzung einer dauerhaften Rechtsgrundlage, um bei den Sozialwahlen 2029 die Online-Wahl anbieten zu können. Das Modellprojekt für Online-Sozialwahlen war auf die Durchführung der Sozialwahlen 2023 beschränkt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2412180144](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [[alle SG](#) [dorthin](#)]

2. [SG2412180145](#) ([PDF](#) - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG](#) [dorthin](#)]

18. Krankenhaustransformations-Verordnung - KHTFV

Beschreibung:

Die geplante Finanzierung des Krankenhaustransformationsfonds hälftig aus Beitragsmitteln der Gesetzlichen Krankenkassen wird abgelehnt.

Referentenentwurf:

[Verordnung zur Verwaltung des Transformationsfonds im Krankenhausbereich](#)
[\(Krankenhaustransformationsfonds-Verordnung - KHTFV\)](#) (20. WP) ([Vorgang](#)) [[alle RV](#) [hierzu](#)]

Datum der Veröffentlichung: 15.01.2025

Federführendes Ministerium: [BMG](#) [[alle RV](#) [hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [[alle RV](#) [hierzu](#)]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [[alle RV](#) [hierzu](#)]

19. Zweite Verordnung zur Änderung der Digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung

Beschreibung:

Ein verpflichtender Anteil zu AbEM wird abgelehnt, die Regelungen sollten den Vertragspartnern überlassen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Zweite Verordnung zur Änderung der Digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung

Datum des Referentenentwurfs: 13.12.2024

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium für Gesundheit \(BMG\)](#) [[alle RV](#) [hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 5](#) [[alle RV](#) [hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [[alle RV](#) [hierzu](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Köln

Betrag: 960.001 bis 970.000 Euro

Zuwendungen aus Bundesmitteln gem. § 44 BHO, Programmbüros des GKV-Bündnisses für Gesundheit (in sieben Bundesländern) sowie für die Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt (in drei Bundesländern)

2. Innovationsfonds des Gemeinsamen Bundesausschusses

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 2.070.001 bis 2.080.000 Euro

Fördermittel des Innovationsfonds zur Förderung von neuen Versorgungsformen (§ 92a Abs. 1 SGB V) für die Projekte ElektRA - Elektive Förderung Rationaler Antibiotikatherapie sowie für ALIVE - Altersspezifische Impfinanspruchnahme Verbessern

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

64.690.001 bis 64.700.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (6):

1. Techniker Krankenkasse
2. BARMER
3. DAK-Gesundheit
4. Handelskrankenkasse (hkk)
5. Kaufmännische Krankenkasse - KKH

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

JR2022_LR.pdf